

# Öffentlicher Dienst

Fachorgan für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Gärtnereien

Nummer 52/53

Berlin, den 26. Dezember 1931

2. Jahrgang

## Erfahrung bei Unterbringung von Arbeitslosen im Straßenbau

In Frankreich ist die Zahl der bei Straßenarbeiten beschäftigten Arbeiter in den Monaten September und Oktober gegenüber den vorliegenden beiden Monaten um fast 13 000 Köpfe gestiegen, in England hat man trotz der Pfundkrise den diesjährigen Etat für den staatlichen Straßenbau um fast 10 Proz. erweitert und hat gleichzeitig den Gemeindevorkontrollen durch das Arbeitsministerium empfehlen lassen, auch die kommunalen Etats um ähnliche Prozentsätze für den Straßenbau zu erweitern. In Italien wird das Projekt der Autobahnen und Fernautost Straßen mit verstärktem Eifer in die Wirklichkeit umgesetzt, wozu man soeben in den mittellitalienischen Provinzen, einschließlich Cremona, eine neue Zahl von 5650 Arbeitern angefordert hat. Diese Bemühungen zum Straßenbau in den vorgenannten Ländern müssen uns in einer Zeit besonders auffallen, in der ein bekanntes deutsches Tageblatt den unverständigen und unverständlichen Satz geprägt hat, daß Straßenbau in der heutigen Zeit und unter den Auswirkungen des Weltkrisenzustandes geradezu Lugus sei und daher schleunigst auf den geringstmöglichen Grad zurückzuführen sei. Diese Auffassung schließt allen praktischen Erfahrungen geradezu ins Gesicht, denn der Straßenbau ist schon zu allen Zeiten die beste Waffe gegen Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsnöte gewesen.

Wir kommen zu dieser Ueberzeugung am besten schon durch die erste Voraussetzung, daß nämlich zur Unterhaltung des Straßenbaus in der Mehrzahl der Fälle das Material an Ort und Stelle durch verbilligt zu erlangende Arbeitskräfte gewonnen werden kann und damit den Wirtschaftsetat weber des Staates noch der Kommunen belastet, sondern im Gegensatz um die Summen der Arbeitslosenunterstützungen entlastet. Der Straßenbau, der heute immer noch zu 45 Proz. aller Bauten mit dem an Ort und Stelle gewonnenen Straßenbaumaterial durchgeführt wird, ist auch auf anderen Baugebieten, wo man also verfeinerte Kunststraßen herstellen will, zudem noch diejenige Produktionsmethode, die ohne Zuführung ausländischer Rohstoffe und Hilfsmaterialien vor sich geht, so daß also eine Ausfuhr inländischer Währungssteile oder Devisen hierfür nicht in Frage kommen kann. Wenn man eine andere Industrie zur Behebung der Arbeitslosigkeit saniert, so muß man auf der anderen Seite erwarten, daß diese mehrarbeitende Industrie zu ihrer gesteigerten Produktion auch mehrfache Einfuhren ausländischer Rohstoffe und Halbfertigfabrikate gebraucht. Damit aber beginnt ein Kreislauf: während man nämlich auf der einen Seite die Arbeitslosen unterbringt, setzt man die Finanzwirtschaft vor die Notwendigkeit, erhöhte Devisen- und Goldabgaben an das Ausland zur Erlangung der Arbeitsmaterialien zu machen. Nur selten aber werden die Ausfuhr einer Industrie so stark sein, daß die früher zur Rohstoffbeschaffung gemachten Goldabwanderungen und Devisenabgaben durch die Exporttätigkeit dieser Industrien wieder ins Inland hereinfließen.

Dieser ganze verzwickte und langwierige Umweg bleibt bei der Förderung des Straßenbaus erspart, man hat direkte und einschneidende Wirkungen zu erwarten, denn immer stellt es sich doch für die Art unserer mitteleuropäischen Wirtschaft heraus, daß der Straßenbau zu einer wichtigen Schlüsselindustrie geworden ist, die in ihrer Bedeutung das Baugewerbe zum mindesten erreicht hat. Die Möglichkeit, durch Ausführung und evtl. Erweiterung der bestehenden Straßenbauprogramme sofort einige zehntausend Arbeitslose allein in Mitteldeutschland unterzubringen, im Reichsgebiet etwa 140 000 Arbeitslose, Oesterreich nahezu 25 000, wäre dadurch so wichtig, weil diese Arbeitslosen die ihnen zufließenden Löhne unbedingt sofort in Einkäufe aller Arten umsetzen würden

und damit der Kaufkraft des Klein- und Einzelhandels eine sofortige Belebung angebeihen ließen. Wir wissen, daß gerade die Bedürfnisse der beim Straßenbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten höher sind und schneller befriedigt werden müssen als die Anforderungen der Fabrik- und Werkarbeiter. Deswegen würde die Vermehrung der Lohnzahlung an Straßenbauarbeiter und -angestellte an Stelle der passiven Arbeitslosenunterstützung auch zugleich zu einer Hebung der allgemeinen Kaufkraft führen. In dieser Wirkung zeigt sich die Position des Straßenbaus als Schlüsselindustrie in erster Linie.

Die Arbeiten, die an der Umlegung der großen Tauernbahnstrecke in Oesterreich jetzt anscheinend in der ungünstigsten Lage der österreichischen Wirtschaft durchgeführt wurden, haben den Beweis in schlüssiger Form erbracht, daß eine unmittelbare Rückwirkung auf die Milderung der Arbeitslosigkeit durch den vermehrten Bau von Auto- und Eisenbahnwegen in hart betroffenen Gebieten erzielt werden kann. Oesterreich, von dessen 195 000 Arbeitslosen (auf 6 Millionen Bewohner!) fast 20 Proz. in dem Baugebiet dieser neuen Direktbahnlinie zu finden waren, kann hier eine Verminderung auf einen Anteil von nur noch 4,7 Proz. der Gesamtziffer der österreichischen Arbeitslosen aufzählen, während zu gleicher Zeit in Gebieten mit wenig intensivem Wegebau, also in Wien und Umgebung oder in Dornbirn die Arbeitslosenziffern gerade zur selben Zeit um weitere 2,3 bzw. 4 Proz. gestiegen sind. Jetzt hat man im Bundesrat beschlossen, auch in diesen arg betroffenen Gebieten den beschleunigten und vermehrten Straßenbau, besonders den von Autogroßstraßen für den internationalen Touristenverkehr mit allen Mitteln durchzuführen, um ähnlich gute Resultate zu erlangen. Man rechnet damit, daß man nur zur ersten Etappe dieser Bauten eine Mehraufnahme von etwa 12 Millionen Schillinge in dem Etat aufzunehmen habe, daß man aber bereits nach sechs Monaten für die neu beschäftigten Arbeiter und Angestellten an diesen Straßen- und Bahnbauten eine Summe von rund 35 Millionen Schillinge, also nahezu das Dreifache erspart haben werde.

Die Wiederhaltung der Arbeitslosenziffern in Frankreich geht ebenfalls zum größten Teil auf das Konto eines großzügigen staatlichen und kommunalen Straßenbaus. Der Arbeitslosenstand in Frankreich, der 40 000 Köpfe beträgt, soll jetzt neuerdings durch die Uebernahme von 13 000 Personen in die Arbeit für den Straßenbau in Südfrankreich vermindert werden. Es ist überdies beachtlich, daß schon im Laufe des Sommers die Zahl der in staatlicher Regie beschäftigten Straßenbauarbeiter um beinahe 22 000 Köpfe zugenommen hat, wobei zu beachten ist, daß die Teilnahme sogenannter ungelerner Straßenbauarbeiter, d. h. solcher aus anderen Berufsgruppen, um fast 3 Proz. innerhalb dieser Gruppen gestiegen ist. Die französische Regierung geht mit Deutlichkeit darauf aus, im französischen Straßenbau zu einem Teil auch solche Arbeiter unterzubringen, für die nur saisonweise Arbeitsgelegenheiten gefunden werden können, die also für den Rest ihrer Zeit hier volle Unterbringung finden. Der Leiter des englischen Straßenbauwesens, Sir Henry Pawerton, stellt im übrigen in einem Bericht in einem leitenden Fachblatt fest, daß die ungelerten Arbeiter bei den Aufgaben des Straßenbauwesens meistens viel schneller und geschickter volle Arbeitsleistungen vollbringen, als wenn man solche im Fach ungelerten Arbeiten von den Angelernten fremder Berufe sonst verrichten läßt. Der Straßenbau ist, so folgert Henry Pawerton auf Grund seiner nunmehr siebenjährigen Erfahrungen, eine Station, in der man an Arbeitslosen sozial unterbringen kann, wie man eben im Augenblick voll oder teilweise beschäftigen kann, ganz abgesehen davon, wie ursprüng-

Ich ihre Beschäftigungsarten in ihrem Hauptberuf waren. Das ist eine derart wichtige Feststellung, daß von ihr auch in allen denjenigen Staaten sofort Kenntnis in der Praxis genommen werden sollte, in denen man bisher praktische Erfahrungen auf diesem Gebiet noch nicht genommen hatte.

Es ist also, wenn man das französische Beispiel und daneben die hier nicht näher ausgeführten Vorgänge in anderen Staaten wie Italien, Belgien, Polen und den Niederlanden betrachtet, der Straßenbau als Faktor in das Problem der praktischen und aktiven Arbeitslosenfürsorge durchaus auch bei uns einzustellen. Der Straßenbau, für den auch die Mittelaufbringung meistens dadurch erleichtert wird, daß man etappenweise die Vollendung finanzieren kann, zeigt sich für unsere Verhältnisse noch ganz besonders als Helfer in der bestehenden Notlage, weil ja die Straßenbauarbeiten in unserem Lande sowieso stark gedrosselt worden sind. Die Möglichkeit, auch in den späten Herbst- und Wintermonaten zum mindesten Unterhaltungsarbeiten auszuführen, sollte voll und ganz ausgenutzt werden, denn man weiß, daß verzögerte Unterhaltungs- und Reparaturarbeiten an den modernen Straßen sich besonders zu rächen pflegen. Es ist daher unverständlich, daß in Gegenden mit schnell zunehmender Arbeitslosenziffer auch schon in den immerhin warmen Herbstwochen des letzten Zeitabschnittes Einstellungen der Um- und Neubauten an Straßen und Chaussees vorgenommen worden sind, einfach deswegen, weil die direkte Mittelaufbringung im Etat keine längere Bauperiode vorsah. Man sollte aber im Straßenbau davon ausgehen, daß heute, wo beispielsweise auch der Autoverkehr ganzjährig aufrechterhalten wird (was früher kaum zu 30 Proz. des jetzigen Umfanges der Fall war), die ständige Arbeit zur Erhaltung und Verbesserung unseres Straßennetzes nur unter ganz außergewöhnlich schlechten Vorbedingungen eingestellt werden sollte. Damit aber kann man stufenweise vorgehen, nämlich von Woche zu Woche veränderlich die Zahl der Straßenarbeiter unterhalten und suspendieren, während vollkommene Arbeitseinstellungen überhaupt nicht zu erfolgen brauchen.

Dr. Th. Th.

## Reichs- und Staatsarbeiter

Sonntagsdienst am 2. Januar 1932. Wie das Finanzministerium durch Runderlaß im Preussischen Besoldungsblatt Nr. 55 bekanntgibt, hat das preussische Staatsministerium beschloffen, den Dienstbetrieb bei den Staatsbehörden am Sonnabend, dem 2. Januar 1932, ausnahmsweise nach den Vorschriften für den Sonntagsdienst zu regeln.

## Entwicklung der öffentlichen Wasserversorgung in den Großstädten

Noch in den sechziger und achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts gab es sehr viele große Städte in Deutschland, auch in anderen Ländern, deren Bewohner ihren Bedarf an Trink- und Verbrauchswasser nicht allein einige Stockwerke hoch in die Wohnung schleppen mußten, sondern auch noch ein ganzes Stück Weges aus öffentlichen Brunnen, Quellen oder Flüssen heranholen mußten. Allerdings hat es damals schon in allen größeren Städten Einrichtungen zur Gewinnung und Versorgung der Einwohnerschaft mit gutem Trink- und Kochwasser gegeben, aber eine zentrale Wasserversorgung im heutigen Sinne, mit einem weitverzweigten Röhrensystem, mit gewaltigen Pumpen und Hochdruckanlagen, durch die erst die Möglichkeit gegeben ist, das Wasser in die höchsten Stockwerke der Häuser zu führen, mit sinnreich angelegten Filter- und Kläreinrichtungen, um auch schlechtes Wasser gebrauchsfähig zu machen usw., war selbst in den Großstädten nicht vorhanden. Immerhin dürfen wir nicht etwa annehmen, daß die Geschichte der Wasserversorgung großer Wohnzentren der Menschen nur auf wenige Jahrzehnte oder Jahrhunderte zurückgeführt werden kann. Im Gegenteil, schon vor Jahrtausenden, in der Zeit der vorchristlichen Kultur, haben es die Völker verstanden, durch großartige Anlagen und Einrichtungen das Wasser entfernt liegender Quellen nach den Städten zu führen.

Noch heute finden wir in Trier, in Zahlbach bei Mainz, in Metz, in Caragona und Merida in Spanien, in verschiedenen Städten Italiens, ja sogar in China Ueberreste dieser uralten Einrichtungen, Aquädukte genannt, die den alten Kulturvölkern zur Wasserversorgung dienten. In der Regel stellten diese Aquädukte kunstvoll gemauerte Kanäle dar, oder auch Rinnen von Quadersteinen, in denen das Wasser in Metallröhren, seltener in Holzröhren, oft stundenweit nach der Stadt geleitet wurde. Selbst durch

## Handwerkerorganisationen gegen Regiebetriebe des Reichsweheministeriums

Wir haben hier schon mehrfach von Handwerkerorganisationen berichtet, die sich gegen Reichswehreibetriebe wenden. Heute wird uns ein Artikel bekannt, den Dr. Schild (Hannover) für die Niederschlesische Handwerkszeitung kürzlich geschrieben hat. Darin wird gesagt, daß die Diskussion wegen der Beseitigung der Regiebetriebe bei Reichswehr und Marine zurzeit im vollen Gange sei. Diese lebhafte Erörterung sei auf eine parlamentarische Konferenz des deutschen Schuhmacher- und Schneiderhandwerks zurückzuführen, welche am 3. Dezember 1930 unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Hoppe und unter Beteiligung fast sämtlicher Handwerksabgeordneten des Reichstages und des Preussischen Landtags sowie der Ministerienvertreter der beteiligten Behörden stattfand. Mit zunehmender Schärfe müsse um die Durchsetzung des Standpunktes der Handwerkerorganisationen gerungen werden. Die sachlichen Argumente der Behördenvertreter für die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Regiebetriebe werden als „allgemeine Behauptungen“, und die Behördenvertreter als Ministerialbürokraten bezeichnet. Für seine Zwecke benutzte Dr. Schild einen Artikel, der in dem Organ der Gewerkschaft deutscher Eisenbahner (christlich) Aufnahme fand. In diesem Artikel wurden Zahlen über die angeblich beschäftigten Handwerker sowie der Wehrmachtsangehörigen, für welche die Schuhreparaturen des Dienstschuhzeuges auszuführen sind, angegeben. Bei Verwendung dieser Zahlen geht Dr. Schild davon aus, daß es sich nur um Schuhmacher handelt, um durch Vergleich mit den Verhältnissen in der privaten Industrie die Regiebetriebe als unrentabel zu kennzeichnen. Dr. Schild behauptet, daß allein die Schuhreparaturbetriebe der Reichswehr dem Staate Millionen kosten, die erspart werden könnten, wenn die Arbeiten der Privatwirtschaft zugeführt würden. An diesem Ergebnis würde sich auch nichts ändern, wenn die Zahl der beschäftigten Schneider und Sattler mit in Rechnung gestellt würde. Die Erfahrungen bei teilweiser Vergebung von Aufträgen an das private Gewerbe haben jedoch das Gegenteil von dem bewiesen, was der Artikelschreiber so warm befürwortete.

Der Schneiderinnung Nürnberg z. B. wurden 350 Stück Moleskin-Röcke zur Fertigung vergeben. Diese Röcke waren so schlecht angefertigt, daß sie zunächst nicht abgenommen werden konnten. Um die betreffenden Auftragnehmer nicht um ihren Der-

Berge wurden diese Leitungen hindurchgeführt, und über Täler und Vertiefungen legte man sie auf einen oft kunstvoll ausgeführten, brückenähnlichen, massiven Unterbau. Sehr häufig wurde das Wasser auch in gewissen Zwischenräumen zum Zwecke der Klärung oder zur Verstärkung des Druckes in große Behälter geleitet. In den Städten wiederum lief es in große Brunnenhäuser, die große überwölbte Bassins einschlossen und erst von da leitete man es in die verschiedenen Stadtteile, in die Bäder, Häuser und Gärten.

Einige der ältesten Aquädukte werden Ramses d. G., Semiramis und dem König Salomo zugeschrieben. Die Ueberreste der Aquädukte von Palmyra und Samos werden als aus dem Jahre 687 v. Chr. stammend und von Eupalinos von Megara erbaut angenommen. Trümmer von Aquädukten aus dem griechischen Zeitalter finden sich in Athen, Smyrna, Antiochien, Ephesus usw. Die großartigsten Anlagen dieser Art, aus denen auch die deutschen Ueberreste stammen, haben entschieden die Römer gebaut. Fast jede größere Stadt des alten römischen Reiches besaß eine derartige Einrichtung. Und auch auf ihren Kriegszügen betrachteten es die Römer als ihre erste und heiligste Aufgabe, in den eroberten Städten für die Herbeischaffung des besten Quellwassers zu sorgen. So sind in vielen Städten wahre Wunderwerke der Wasserkunst entstanden, zumal sich die römischen Architekten die größte Mühe gaben, den Aquäduktenbau zur höchsten Vollkommenheit zu bringen. Die imposantesten und riesenhaftesten Aquädukte besaß Rom selbst, wo das Quellwasser der Gebirge oft 20 bis 30 Stunden Wegs, über viele Täler, Schluchten und Abgründe durch den Leib der Berge hindurch in die Stadt geleitet wurde. Die erste Wasserleitung der Weltstadt wurde im Jahre 305 v. Chr. von Aqua Appia erbaut. Später entstanden dann die Wasserleitungen des M. Curius Dentatus (290 v. Chr.), der die schönen Quellen um Tibur vereinigte und mittels eines Aquäduktes nach Rom leitete. Auch sämtliche Kaiser Roms, M. Agrippa, Augustus, Claudius, Nero,



dienst zu bringen, mußten Regimenter durch Anschreiben ersucht werden, die Rölcke zu übernehmen. In einem anderen Fall mußten Sättel, die eine Privatfirma lieferte, in den Regiebetrieben umgearbeitet werden, um sie verwenden zu können. In einem dritten Falle wurden Kragenbinden an Firmen vergeben, welche die Binden nach den Grundsätzen der Herstellung im Amt fertigen mußten. Bei der Ausschreibung der Aufträge gingen Angebote ein, die sich bezüglich der Stückzeit zwischen 8 bis 21 Minuten bewegten. Das Amt hat dem Unternehmer, der 8 Minuten Zeit verlangte, den üblichen Herstellungspreis von 24 Pf. gezahlt. Bei der Firma waren für diese Arbeiten junge Mädchen — meistens nicht viel über 16 Jahre alt — mit einem Stundenlohn von 30 Pf. beschäftigt. Diese Zusammenhänge lassen ohne weiteres erkennen, daß ein guter Unternehmergewinn bei solchen Aufträgen in Betracht kommt, der auf Kosten der Arbeitnehmer herausgeholt wird. Darüber hinaus wurde ein Teil des Auftrages von der Firma, welche die Binden in 8 Minuten anfertigt, an eine andere Firma, die das Duzend zu 1,90 Mk. herstellte, weitergegeben. Dabei wurden von der ersteren Firma ohne Mühe 800 Mk. verdient. Ausschließliche Gestellung der Heeresaufträge durch die Privatindustrie würde für die Unternehmer schöne und bequeme Einnahmen ergeben, was auch die Bestrebungen dieser Kreise zur Beseitigung der Regiebetriebe einzig und allein bezwecken.

Nicht unbeachtet darf aber bleiben, daß die große Zahl der selbständigen Schuhmacher- und Schneidermeister in den einzelnen Versorgungsgebieten es gar nicht ermöglichen, allen oder einem größeren Teil von ihnen einen nennenswerten Vorteil zu verschaffen. Es würde sich demzufolge die Erfüllung der Forderung der Handwerkerorganisationen auch keinesfalls zur Entlastung des Arbeitsmarktes auswirken, was doch der Zweck der Uebung in erster Linie sein müßte. Nach unserer Beobachtung würden dem Reichswehrfiskus beim Eingehen auf die Forderungen der Handwerkerorganisationen nur Mehrausgaben gegenüber dem gegenwärtigen Stand entstehen.

Der gegenwärtigen Bedeutung der Regiebetriebe im Bereich des Reichswehrministeriums entspricht auch die Bezeichnung „Stickstuben“ bei den Truppenteilen nicht mehr. Die Anforderungen, welche heute unter den gänzlich veränderten Verhältnissen an die beschäftigten Handwerker gestellt werden, sind in der Art ihrer Tätigkeit von früher nicht mehr in Vergleich zu stellen. Auf Grund der langjährigen Dienstzeit der Reichswehrsoldaten ist es notwendig geworden, in ihrer Bekleidungsfrage eine individuelle

Behandlung durchzuführen. Der heutige Soldat muß eine gut passende Kleidung geliefert bekommen. Die Erledigung dieser Angelegenheit darf nicht mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sein, was bestimmt eintreten würde, wenn eine Vergebung der Arbeit an Privatfirmen erfolgen würde. Daß es sich bei Herstellungs- sowie Instandsetzung der Bekleidungsstücke in den Regiebetrieben keinesfalls um eine unnötige Aufwendung von Mitteln handelt, ist erst kürzlich wieder festgestellt worden, indem ein Lehrgang für Schuhmacher aus einem Amt unter Leitung eines Direktors der Fachschule für Schuhmacher aus Pirmasens stattfand. Bei dieser Gelegenheit ist zur Genugtuung der beteiligten Herren festgestellt worden, daß in bezug auf die Leistungen und erst recht auf die Qualität des gefertigten Produktes ein Vergleich mit der Privatwirtschaft auszuhalten ist. Daß auch die Zahl der Zivilhandwerker bei den Truppenteilen keine willkürliche ist, beweist eine in diesem Zusammenhang erlassene Verfügung des Reichswehrministeriums, wonach genau festgelegt ist, in welchem Umfang diese Arbeitnehmer beschäftigt werden dürfen. Deshalb ist vollständig unzutreffend, was von den Handwerkerorganisationen über die Unrentabilität der Regiebetriebe behauptet wird. Wir werden nach wie vor alles aufbieten, um die Bestrebungen des privaten Gewerbes abzuwehren, da die Regiebetriebe unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben müssen. In allerjüngster Zeit ist uns das auch im Interesse der Belegschaften der drei Heeresbekleidungsämter gelungen. Unsere Kollegen müssen sich aber dessen bewußt sein, daß die Vorbedingung zu einem erfolgreichen Gelingen ein geschlossenes Organisationsverhältnis der Beschäftigten im Gesamt-Verband erfordert.

W. R ö m e r.

## Landstraßenwärter

Uelzen. In der gut besuchten Versammlung der Landstraßen- und Chausseewärter des Bauamts Uelzen am 13. Dezember sprach Kollege Brand (Hannover) über die Vierte Notverordnung und ihre Auswirkungen auf die Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und Derwartungen. Unter „Derfchiedenes“ wurden die vom Landesbaurat Kesselhut vorgeschlagenen Sparmaßnahmen behandelt. Die Versammlung erklärte sich mit dem Vorgehen der Gewerkschaft einverstanden. Die Wegeunterhaltungspflichtigen (Kreise und Provinz) würden sich selbst den allerbesten Dienst erweisen, wenn sie den Vorschlägen des Landesbaurats Kesselhut nicht folgen.

Caligula usw. führten ähnliche Bauten auf, um von Rom aus auch die umliegenden Städte mit Wasser zu versorgen.

Erst im Mittelalter ließ man diese Einrichtungen verfallen und die deutschen Städte beschränkten sich mehr und mehr auf die Brunnen innerhalb der Stadtmauern. Lange Zeit begnügte man sich ferner damit, das Wasser in gemauerten, gewöhnlich bedeckten Kanälen oder auch in Holzröhren in die Städte zu leiten. Die moderne Wasserversorgung mit Hilfe der heute üblichen Röhrensysteme, unter Anwendung von Guß-, Walzeisen- oder keramischen Röhren, die Aufspeicherung großer Wassermengen in Hochbehältern, sogenannten Wassertürmen oder auch bei Hochdruckleitungen in Erdbehältern sowie die Anlage gewaltiger Klär- und Filteranlagen, hat sich erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts eingebürgert.

Noch im Jahre 1893 war es fast in allen amerikanischen Städten üblich, das Trink- und Verbrauchswasser den Flüssen zu entnehmen. Seltener so war es auch in Deutschland. Die Einrichtung von Filter- und Kläranlagen nach modernem Muster ist kaum einige Jahrzehnte alt. Eines der ersten und großzügigsten Werke der öffentlichen Wasserversorgung dürfte mit dem Wasserwerk in Chicago entstanden sein, dessen Anfänge auf das Jahr 1864 zurückgehen. Das Werk steht am Michigansee. Mit seiner Errichtung wurde zum erstenmal der Versuch gemacht, die große amerikanische Stadt mit dem Wasser des erwähnten Sees zu versorgen. Eines der älteren amerikanischen Wasserwerke ist das von St. Louis. Dem amerikanischen Beispiel einer großzügigen Wasserversorgung folgten in Deutschland Hamburg und Berlin. In Chicago wurde im Jahre 1893 auch eine der ersten Anlagen zur Reinhaltung der Seen geschaffen, nachdem sich die Beschaffenheit des Wassers als höchst bedenklich erwiesen hatte. New York und Boston beziehen ihr Wasser ebenfalls nicht aus Naturquellen, sondern aus künstlich angelegten Staubecken. Eine der schönsten Hochquellenleitungen, die aus reinen Naturquellen gespeist wird,

besitzt Wien. Es wird häufig gesagt, daß die Wiener das beste und gesündeste Wasser Europas haben.

Bei uns in Deutschland gibt es wohl keine Stadt mehr, die nicht ihre zentrale Wasserversorgung hat. Selbst kleinere Orte, wo brauchbares Trinkwasser durch Brunnen nicht erreichbar ist, haben ihre Wasserwerke. Ebenso gibt es nirgends mehr hölzerne Leitungen oder höchstens noch auf dem Lande, um das Wasser einer nahen Quelle in einzelne Gehöfte, Wohnungen oder Stallungen zu leiten.

Interessant für unsere Betrachtung dürfte noch sein, wenn wir sie noch durch einige Angaben über die Anforderungen ergänzen, die an das Wasserwerk einer Großstadt wie Hamburg oder Berlin gestellt werden. Im allgemeinen wird der durchschnittliche Wasserverbrauch pro Kopf der Einwohnerschaft auf 70 bis 240 Liter im Tag geschätzt. Der Verbrauch ist natürlich im Sommer größer als im Winter. Ferner wird behauptet, daß der Wasserverbrauch in England und Amerika größer ist als in Deutschland. Im Versorgungsgebiet der Stadt Hamburg wurde er im Jahre 1930 mit 165 Liter pro Tag und Kopf errechnet. Um diesen Anforderungen zu entsprechen, mußten die Hamburger Wasserwerke jeden Tag 190 245 Kubikmeter oder für das ganze Jahr 1930 rund 1 661 408 Kubikmeter Wasser heranschaffen. Das ist aber nur die Stadt Hamburg. In das Versorgungsgebiet der Landgemeinden und Cuxhavens, das ebenfalls Hamburger Wasser bezieht, wurden außerdem noch 1 415 480 Kubikmeter Wasser geliefert, wobei zu bemerken wäre, daß 100 682 Kubikmeter allein auf die Versorgung der Schiffe entfielen. Um diese Wassermengen zu verteilen, waren rund 1 151 723 Meter Haupt- und Verteilungsrohre in Betrieb, und damit keiner der verbrauchenden Bürger zu hohe Wasserabgaben leisten braucht, waren für die richtige Verbrauchsermittlung 42 366 Wassermesser in Tätigkeit. Hinzukommt die Zahl der bei den Hamburger Wasserwerken durchschnittlich beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die zusammen 1062 Köpfe beträgt.

Karl Dopf.

# GÄRTNEREI · PARK · FRIEDHOF

## Phantasien von dem Vermächtnis eines preussischen Königs

Im November d. J. hatten 40 Kollegen unserer Fachgruppe Gelegenheit, zu einem Sonderkursus in der Bundeschule zu Bernau zusammenzutreten, um ihr Wissen auf berufsspezifischem, wirtschaftlichem, arbeitsrechtlichem und sozialem Gebiete zu erweitern und zu vertiefen. Gelegentlich der auch auf dem Programm stehenden Besichtigung der Lehr- und Forschungsanstalt in Berlin-Dahlem wurde den Kollegen durch den Direktor dieser Anstalt, Herrn Professor Maurer, ein Vortrag gehalten, der gewiß länger als manche andere Eindrücke in ihrer Erinnerung lebendig bleiben dürfte. In seinem ersten Teil gab er eine interessante Darstellung der Entwicklung dieser Anstalt. An diese wurde ich sehr lebhaft erinnert, als ich einige Tage danach einen Artikel im „Berliner Lokalanzeiger“ las, überschrieben: „Gartenbau — ein akademischer Beruf!“ — Er war gezeichnet von Herrn Professor E. H. Maurer und behandelte das gleiche Thema. Aber — was hatte das Organ der in Opposition zur Republik Deutschlands stehenden Deutschnationalen Partei daraus gemacht? Der Untertitel ließ es schon erkennen; er lautete: „Das Vermächtnis eines preussischen Königs!“ —

Nach meiner auf Notizen gestützten Erinnerung hatte Herr Professor Maurer uns gesagt: Die 1823 errichtete königliche Gärtnerlehranstalt zu Wildpark war der Vorläufer der jetzigen staatlichen Lehr- und Forschungsanstalt zu Dahlem, aber ihr ursprünglicher Zweck war die theoretische Weiterbildung der eigenen (damals fast noch selbständigen! Die Schriftleitung.) Gärtner des Königs; daher ja auch die Bezeichnung: „Königliche“ Gärtnerlehranstalt.

Ist das ein so großes „Verdienst“, wert als ein „Vermächtnis“ gerühmt zu werden, wenn der Besitzer großer Garten- und Parkanlagen für seine bediensteten Gärtner zu eigenem Nutz und Frommen eine Stätte besserer Ausbildung einrichtet? —

Wenn später diese Anstalt, entgegen der ursprünglichen Absicht des Begründers, zu einer staatlichen Einrichtung geworden ist, so haben eingeständenermaßen doch ganz andere Faktoren dabei mitgewirkt, vor allem auch Gelder des Staates, der Volksgemeinschaft. Das erkennt ja auch Herr Professor Maurer an, indem er sagt: „Der Landwirtschaftsminister (des republikanischen Freistaates Preußen) war einsichtig genug, die Berechtigung der Wünsche auf akademische Ausbildung und eigene Forschung durch die Gründung einer Abteilung für Gartenbau und Gartengestaltung an der Landwirtschaftlichen Hochschule Berlin anzuerkennen.“

Ich frage, bestand denn bei dieser anerkannten Weitsicht republikanischer Minister eine Notwendigkeit, ein in seinen Motiven sehr zweifelhaftes „Vermächtnis“ zu betonen, eigentlich überhaupt erst zu konstruieren?

Wenn dann im unmittelbaren Zusammenhang mit jener Konstruktion des „Verdienstes eines preussischen Königs“ (Friedrich Wilhelm III. käme in Betracht) noch die Behauptung (im oder vom „Lokal-Anzeiger“?) aufgestellt wird: „Die überwiegende Zahl der bedeutendsten Gartengestalter und Gärtner nach 1800 (?) sind durch diese vom feinen Hauch Potsdamer und zugleich deutscher Gartenkunst umwehte Pforte geschritten“, so — muß man mindestens lächeln. Wenn wirklich die von jenem „feinen Hauch“ umwehten Schüler Wildparks und Dahlems dieser Ansicht sein sollten, dann müßten sie sich von jedem Schüler einer Volksschule eines Besseren belehren lassen. Denn diese wissen: Das Potsdamer Sanssouci mit seinen Gärten ist von Friedrich II. französischen Vorbildern nachgeahmt. —

Es muß nachdenklich stimmen, wenn man hier: Deranlassung erhält, von dem wirklich sehr zweifelhaften „Deutschtum“ des Hugenbergschen „Lokal-Anzeigers“ Rückfälle zu ziehen auf die in Dahlem anscheinend gelehrte „deutsche“ Gartenkunst. Glücklicherweise wird Gartengestaltung nicht nur in dem Potsdam benachbarten Dahlem gelehrt.

Einer, der dabei gewesen.

## Duldung unlauterer Konkurrenz durch den Reichsverband

Noch immer dauert die Aussprache über die Krise im Reichsverband des Deutschen Gartenbaues an, und zwar beschränkt sie sich durchaus nicht — wie dessen neues Präsidium es wünscht und anstrebt — auf die Sitzungen seiner Landesverbände und Bezirksgruppen, sondern „Möllers deutsche Gärtner-Zeitung“, die mit Vorliebe einige Spalten für eine sogenannte „Eselwiese“ zur Verfügung stellt, dient auch in diesem Falle als Platz für Turniere und öffentliche Spiele. Und manchmal zeitigen solche auch Erfolge für die Praxis des Berufes und für dessen Wohl.

So interessiert, wie in Nr. 35 Herr Tessenow, Baumschulbesitzer in Reischow (Mecklenburg) den vom Reichsverband mit so großer Bravour geführten Kampf gegen die sogenannte „Konkurrenz der öffentlichen Hand“ auf einem Spezialgebiete aufzeigt und die auch von uns schon einige Male angeschnittene Frage stellt: „Ist jemals der Reichsverband gegen die unlautere Konkurrenz der Landwirtschaftskammern eingeschritten? Was in dieser Beziehung in Mecklenburg möglich ist, dafür sei Tessenow wörtlich zitiert: „Vor einem Jahre sollten in Mecklenburg mit Staatszuschuß für 30 000 Mk. Obstbäume gepflanzt werden. Auf Veranlassung der Landwirtschaftskammer wurde hierfür eine „Interessengemeinschaft Mecklenburger Baumschulen“ gegründet. Nach dieser Gründung stellte sich aber heraus, daß ein landwirtschaftsrätlicher Gartenbaubeamter fast alle Bestellungen bereits vergeben hatte, so daß die „Interessengemeinschaft“ der 16 Baumschulbesitzer nur noch für sage und schreibe 1500 Mk. (Eintausendfünfhundert!) Bäume zu liefern hatte. Der Geschäftsführer der Genossenschaft, zugleich Geschäftsführer des Landesverbandes teilte hierzu mit, daß die Landwirtschaftskammer sich weigere, die Vergabe der Lieferungen bekannt zu geben.“ Gegen diesen unerhörten Fall einer von der Landwirtschaftskammer betriebenen und begünstigten unlauteren Konkurrenz ist natürlich der Reichsverband nicht eingeschritten, sonst würde die Frage nicht gestellt. Ebenso natürlich ergibt sich daraus die Schlussfolgerung, daß bei Duldung solcher Methoden das Vertrauen in die Leitung der Organisation und in die Maßnahmen zur angeblichen Gesundung und Förderung des Berufs sinken muß.

Übrigens die wenigen bisher erfolgten Ausschreibungen öffentlicher Arbeiten, vielmehr die darauf abgegebenen Angebote, lassen schon ein Maß an unlauterer Konkurrenz der Gartenbauern gegeneinander erkennen, daß vor solchen Erfolgen der Erziehungsarbeit des Reichsverbandes einem ein Schaudern überfällt. Das wird sich noch steigern, wenn die gewöhnlich von den betreffenden Stadtverwaltungen auf die billigsten Angebote vergebenen Arbeiten erst erstellt sein werden. Die unlauteren Motive des auf die beliebte Art gegen die „Öffentliche Hand“ geführten Kampfes werden in allen solchen Fällen sich sehr bald zeigen, vorausgesetzt, daß die zur Aufsicht und Aufmerksamkeit verpflichteten Gartenbeamten der Gemeinden sich trotz ihrer Mitgliedschaft im RbdG. ihre persönliche Lauterkeit noch bewahrt haben.

## Öffentliche Gärten

**Erfolgreiche Versammlungen.** Im Anschluß an die Versammlung unserer Fachgruppe Essen, die als eine Kundgebung gegen den „öffentlichen Hand“ geltenden Gartenbauernkrieg (vgl. „Öffentlicher Dienst“ Nr. 50) ausgestaltet war, sind weitere Versammlungen zunächst in den größeren Städten des Bezirkes gefolgt und geplant. War auch die in Duisburg ein guter Erfolg, so war die in Dortmund von erfreulichster Auswirkung. Nicht nur ein übervolles Haus, sondern vor allem die in jetziger Zeit seltener gewordene Zahl von 15 Neuaufnahmen an einem Abend zeugten von dem verstärkten Willen zur Abwehr der gegen die städtischen Gartenverwaltungen gerichteten Aktion der als Nazis jetzt völlig verwilderten Gartenbauern. — Was aber die Hauptsache ist: auch in den Kreisen der städtischen Gartenbauern und Magistrate wird man aufmerksam und bedenkllicher ob der Lauterkeit der Gewinnung jener angeblich gegen „unlautere Konkurrenz“ zu Felde ziehenden Janitscharen.









